

**Zeitschrift:** Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin  
**Band:** 118 (1992)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Durch "Kalif+" Ordnung bis zum Anatolischen Wall  
**Autor:** Etschmayer, Patrik / Raschle, Iwan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-605228>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 31.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



## Durch «Kalif +» Ordnung bis zum Anatolischen Wall

In den drei vorangegangenen Folgen unseres Reports über die im Zusammenhang mit dem Armeeleitbild 95 («Offen für alle Optionen») geplante Operation «Kalif +» wurden alle Planungs- und Ausführungsphasen bis zur defensiven Einnahme der Herkunftsländer von Asylbewerbern (v.a. Türkei, Libanon usw.) dargestellt. In der vierten und letzten Folge geht es nun um die Frage: Wie sieht die Schweiz aus nach Beendigung der Operation «Kalif +»? In jedem Fall drängt sich eine Neuformulierung der meisten politischen Leitlinien (soweit überhaupt vorhanden) auf.

Von Patrik Etschmayer und Iwan Raschle \*

Zunächst ist klar festzuhalten, dass «Kalif +» für die Schweiz den einzigen realistischen Ausweg aus den bis heute unbefriedigenden Europa-Verhandlungen darstellt. Nur ein mutiges Vorwärtsschreiten kann die 700jährige Insel des Wohlstands und Fortschritts vor dem unaufhaltsamen Ausverkauf der Heimat, vor dem Vordringen xenoeθνischer Kräfte retten: Die Zukunft der Schweizerischen Eidgenossenschaft liegt weder in Europa, noch bieten ihr die Reduits des schweizerischen Hinterlandes genügend Schutz vor dem Machtvakuum, das aus dem internationalen Ungleichgewicht und der ungebrochenen Europaglückbarkeit entstanden ist. Als einziges Land kann die Schweiz – als anerkannter internationaler Sonderfall – einen operativen Vorstoss in den panarabischen Raum wagen und so entscheidend zur Stabilisierung des internationalen Gleichgewichts beitragen.

Die Schweiz wird mit «Kalif +» also nicht den Nahen Osten erobern, wie linke Kreise bestimmt einmal kritisieren werden: Die starke Alpenrepublik wird lediglich eine

Schirmherrschaft über die neuen Mandatsgebiete (MG) errichten: zum Schutz und Wohl aller, getreu der Bundesverfassung (BV) «in der Absicht, den Bund der Eidgenossen zu festigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern».

### Kantone werden Profitcenter

Die Mandatsgebiete werden im Rahmen des föderalistischen Staatenbundes in das bisherige System eingeordnet. Dieses Vorgehen braucht – entgegen ersten Befürchtungen – keine neuen Gesetze, sondern nur eine geringfügige Ergänzung der BV: Neu soll es nach «Kalif +» in Art. 1 heissen: «Die durch den gegenwärtigen Bund vereinigten Völkerschaften der dreiundzwanzig souveränen Kantone ... bilden zusammen mit den Mandatsgebieten im Ausland die Schweizerische Eidgenossenschaft.»

Alle übrigen Regelungen können auf

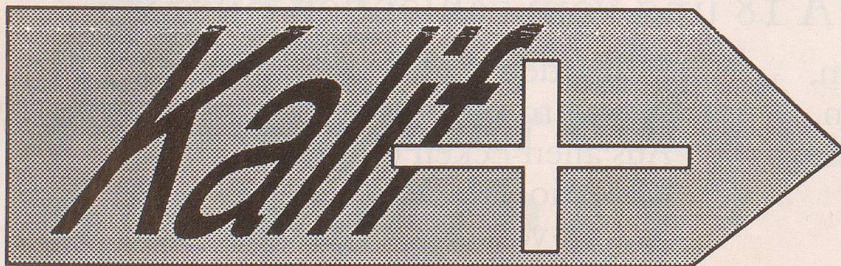
dem Verordnungsweg und auf Verwaltungsebene getroffen werden. So etwa der Zeitpunkt des Vollbeitritts eines Mandatsgebietes, das danach einen neuen, exterritorialen Kanton bilden würde.

Eine weitere Konsequenz der Operation «Kalif +» (aber auch der desolaten Finanzlage des Bundes) stellen die neuen inneren Strukturen des Bundesstaates dar. Sie richten sich ganz nach den herrschenden Usancen im privatwirtschaftlichen Bereich, gehorchen also modernsten Führungsprinzipien. Jede dem Bund der Eidgenossen untergeordnete Regierung (Kantone, Mandatsgebiete) wird von der Zentralverwaltung als Profitcenter geführt. Die Zentralverwaltung (ZV) konstituiert sich selbst, wobei der Armeespitze ein Vetorecht zusteht. Vorsteher der ZV, mit dem bisherigen Bundesrat identisch, ist ein Exekutivpräsident (8. Bundesrat); er wird ebenfalls von der Generalität für die Dauer von vier Jahren mit unbeschränkter Mandatserneuerung ernannt.

Im Rahmen dieser neu gebildeten Hierarchie erhalten die Fachstäbe des eidgenössischen Departements für Führung und Gesamtverteidigung Weisungsrechte für alle anderen Regierungszweige – unerlässlich für den effizienten Betrieb des dann zumal riesigen Regierungs- und Kontrollapparats. Hierzu ist zu bemerken, dass dafür keine Änderungen im Grundgesetz nötig sind. Als Legitimation genügt Abs. 2 der BV, der die Zwecke des Bundes festlegt: «Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.»

Die Profitcenter der Zentralverwaltung des Bundes haben im Rahmen der eidgenössischen Finanzordnung ihre von der Zentrale vorgegebenen Jahresziele zu erfüllen. Das gilt vor allem für die neuen Mandatsgebiete, die im ersten Jahr ihrer Souveränität von Patenkantonen tatkräftig unterstützt werden. Es gilt, die vorhandenen Res-

Bild 4:

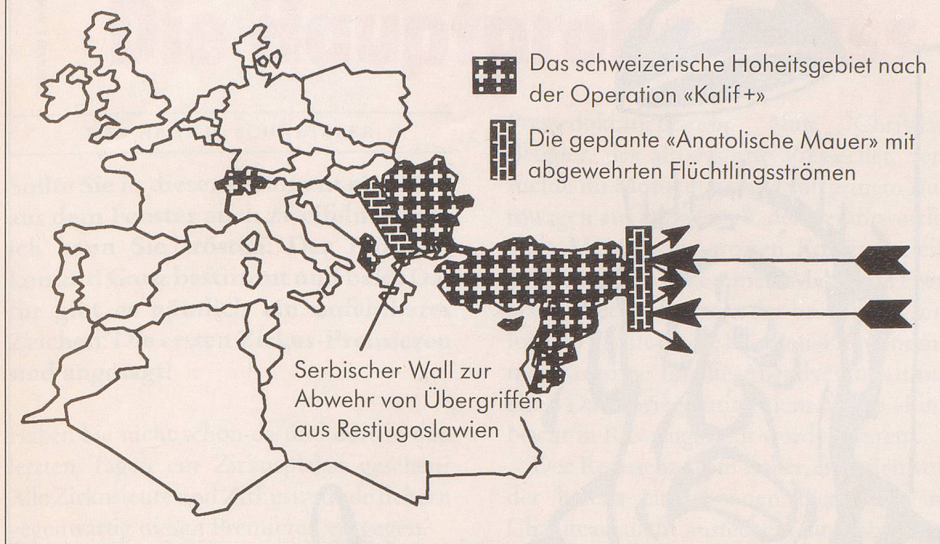


Das Signet zu «Kalif +» (für Flaggen, Briefpapier, Visitenkarten, Uniformen, Fahrzeugbeschriftungen usw.)

\*Die Autoren, Di-Visionär Dr. mil. Patrik Etschmayer und Brigadier Dr. phil. III Iwan Raschle, sind beide am Ostschweizer Institut für angewandte Militärwissenschaft (OIM) als Strategieexperten tätig.



**Bild 5:** Die paneuroarabische Landkarte nach Beendigung von «Kalif+»



sourcen und das einheimische Know-how, gerade im Verkauf von Autobahnvignetten, auszunutzen. Dank der neuen Inter-Rail-Huckepackkarten für 40-Töner können sich gerade die MG wirtschaftlich profilieren und so zur mutterstaatlichen Prosperität beitragen.

## Neuer Einsatz für Kurt Furgler?

Zum Schutz eben dieser Prosperität ist die Zentralverwaltung befugt, vor allem in den Mandatsgebieten gewisse – mitunter bauliche – Massnahmen zu ergreifen. Zeigt sich, dass sich ein MG trotz eigener Anstrengung wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich nicht von umliegenden Ländern abgrenzen kann, kann der Bund an strategisch wichtigen Orten Grenzwälle errichten. Definitiv geplant sind der Jugoslawien-Wall gegen Übergriffe der Tschetniks und die Anatolische Mauer in der Türkei zum Schutze vor notorischen Wirtschaftsflüchtlingsen aus Grenzgebieten.

Während beide Vorhaben durch Abs. 23 der BV im Landesinnern sowie in den MG politisch durchsetzbar sind («Dem Bunde steht das Recht zu, im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines grossen Teils derselben auf Kosten der Eidgenossenschaft öffentliche Werke zu errichten oder die Errichtung derselben zu unterstützen.»), wird der Erste Delegierte der Zentralverwaltung, alt Bundesrat und alt Brigadier Kurt Furgler, auf internationalem Parkett um eine Baubewilligung bzw. um Verständnis für eine solche Massnahme zum eigenen Schutz nachsuchen. Furgler wird zur gegebenen Zeit offiziell angefragt werden. (Informelle Zusage gegenüber [Name] am [Datum] liegt vor.) Nach ersten Schätzungen des Bundesamtes

für azyklische Konjunkturforschung werden die MG – notfalls mit weiteren baulichen Stützen – ihre Zielvorgaben bis zur Jahrtausendwende vollständig erfüllen können. Die Zentralverwaltung wird das mit einheimischen Fachkräften unterstützen. Nach dem Jahr 2000 werden also voraussichtlich alle Mandatsgebiete zu Exterritorialen Kantonen erklärt – das Endziel der Operation «Kalif+», eine gefestigte Schweiz und somit auch ein internationales Gleichgewicht, wird erreicht sein. Andernfalls hat die Zentralverwaltung gemäss Art. 70 der BV noch immer eine Möglichkeit: «Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft (damit sind dannzumal auch die neuen Kantone im Nahen Osten gemeint. Anm. d. Verf.) gefährden, aus dem schweizerischen Gebiet wegzuweisen.»



## Unter übergeordnetem Blickwinkel

«Die Politiker vermitteln uns ein Staatsbild», sagt Kunstmann, «das die Ordnung als eine zweite Natur von ewigem Wert darstellt. Dem unerschütterlichen Glauben an die Unveränderbarkeit dieser Ordnung entspricht der Appell an die Initiative des einzelnen. Im Rahmen dieses Bildes erscheinen Mängel, Missstände und Fehler immer als individuelle Pannen – weshalb sie die Ordnung in ihrer starren Gesamtheit nicht in Frage stellen.»

Steno Graf

# SPOT

## ■ Bremsspur

Nicht zum Autosalon, sondern zur Entwicklung der Volksrechte in der Schweiz sagte Ständerat René Rhinow: «Unser System ist zunehmend überbremst, einem Döschwo mit den Bremsen eines Ferrari vergleichbar.» *ea*

## ■ Adam im Glück

Zur Erinnerung an den internationalen Frauentag am 8. März schrieb das *Magazin*: «Grösster Frauenüberschuss in der GUS. Auf 100 Männer leben dort 111,2 Frauen. Im vereinigten Deutschland streiten sich noch 108,6 Frauen um 100 Männer, in der Schweiz 104,9.» *k*

## ■ Rasant

75 000 Franken kostete die Radarfalle, die jetzt in Zermatt Temposünder erwischen soll – Elektroautos, die schneller als die zugelassenen 20 km/h fahren ... *wr*

## ■ PS

Solarmobil-Pionier Max Horlacher fand Vergleiche: «Jeder, der mit 100 PS plagierte, sollte abends 100 echte Pferde putzen und den Mist in den Wald führen müssen!» *ks*

## ■ Apropos Steuern ...

... gehört über Radio DRS: Beim Griff in die eigene Tasche spürt man, dass die öffentliche Hand bereits hier gewesen ist. *hrs*

## ■ Freiwillige vor!

Der Präsident des Oerlikon-Bührle-Konzerns, Hans Widmer nach der vorläufigen Unternehmenssanierung: «Die Leichen sind aus sämtlichen Kellern aufgestiegen.» *ks*

## ■ Lueg a!

Eine Quizteilnehmerin sagte am Radio: «Wänn ich Färnsäh lueg, dann lueg ich nur Musiksändige!»

## ■ Die Frage der Woche

In der Zeitschrift *Medius* fiel die Frage: «Killt das Fernsehen unsere Demokratie?» *au*

## ■ Zeitzeichen

Ein Drittel der Stellenvermittler, so die Prognose für 1992, wird wegen der veränderten Wirtschaftslage selber auf Stellensuche gehen müssen. *hrs*